
Handicap International beendet Engagement in Burundi



Humanity & Inclusion (HI), die Dachorganisation von Handicap International Deutschland, erklärt, dass Handicap International sich in Burundi aufgrund aktueller Entscheidungen der lokalen Regierung gezwungen gefühlt habe, ihr Engagement einzustellen.

Vorschrift nicht verhandelbar

Nachdem am ersten Oktober 2018 die Tätigkeiten aller internationalen NGO in Burundi eingestellt wurden, sei die Wiederaufnahme der Arbeit nun an Bedingungen geknüpft, darunter das Buchführen über die ethnische Herkunft aller Mitarbeiter sowie die Einhaltung bestimmter Quoten.

HI habe das Gespräch mit der Regierung gesucht, bei einem Treffen mit dem burundischen Innenministerium am 24. Dezember 2018 jedoch erfahren, dass diese Vorschriften nicht verhandelbar seien.

Vorstufe zur ethnischen Diskriminierung?

Bei ihrem Beschluss, der Forderung nicht nachzugeben, beruft HI sich auf die Grundsätze der humanitären Hilfe: Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. In einem Land, in dem die ethnische Herkunft nicht auf den Ausweispapieren vermerkt sei, sei die Dokumentation dieser Information eine rote Linie, die HI nicht überschreiten wolle. Die Sorge: Das Verfahren zur ethnischen Identifizierung könnte eine Vorstufe für weitere, momentan nicht abschätzbare Schritte in Richtung ethnischer Diskriminierung sein, die HI in keinerlei Form unterstützen wolle. Als Konsequenz musste Handicap International ihre Aktivitäten im Land zum Jahresende einstellen.

Handicap International war 26 Jahre in Burundi tätig gewesen, unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und sozio-ökonomische Integration. Dass die Möglichkeiten von NGOs in diesem armen Land zum Nachteil der Bevölkerung immer weiter eingeschränkt würden, bedauere die Organisation.

Viele Organisationen betroffen

[Business Day Online](#) zitiert eine diplomatische Quelle aus Brüssel, die die Entscheidung der burundischen Regierung als „schockierend“ bezeichnet und informiert habe, dass die meisten EU-Projekte vor Ort davon betroffen seien, was einem Geldwert von rund 150 Millionen Euro entspreche.